



Verband Berlin-Brandenburgischer
Wohnungsunternehmen e.V.

103. VERBANDSTAG DES BBU: "DIE NEUE SOZIALE FRAGE – HERAUSFORDERUNG FÜR DIE WOHNUNGSWIRTSCHAFT"

21.11.2007 Fachinformation

Ein zunehmendes Einkommensgefälle und schärfere Ausprägung der Unterschiede in der Sozialstruktur – der gesellschaftliche Zusammenhalt wird auf die Probe gestellt. An den Kondensationspunkten demografischen und wirtschaftlichen Wandels ist die Wohnungswirtschaft in Berlin und Brandenburg hiervon besonders betroffen. Der Verband Berlin-Brandenburgischer Wohnungsunternehmen e.V. (BBU) stellte daher seinen 103. Verbandstag unter das Motto: "Die neue soziale Frage – Herausforderung für die Wohnungswirtschaft". Zur öffentlichen Veranstaltung am 5. November kamen rund 350 Gäste in das Estrel Hotel in Berlin. Nach den einleitenden Worten des Vorsitzenden des BBU-Verbandsausschusses, Dirk Lönnecker, richtete Ingeborg Junge-Reyer, Senatorin für Stadtentwicklung des Landes Berlin, ein erstes Grußwort an die Gäste des 103. Verbandstages. Wohnen sei als Grundbedürfnis des Menschen ein hohes Gut und Sorge für Sicherheit, Privatsphäre, aber auch sozialen Kontakt im nachbarschaftlichen Umfeld. Die Mitgliedsunternehmen des BBU seien daher nicht nur Vermieter, sondern beeinflussten auch das soziale Klima und träten als Stabilisatoren der Quartiere auf. Das Ziel des BBU, die Sicherung angemessenen und bezahlbaren Wohnraums, sei trotz der Veränderungen auf dem Wohnungsmarkt seit der Verbandsgründung noch immer aktuell. Dabei müsse sich die Wohnungswirtschaft den gesellschaftlichen Veränderungen und veränderten Bedürfnissen durch rechtzeitige Wahrnehmung zukünftiger Entwicklungen immer wieder stellen, so Junge-Reyer. Reinhold Dellmann, Minister für Infrastruktur und Raumordnung des Landes Brandenburg, thematisierte in seinem Grußwort den demografischen Wandel und die Leerstände im Bestand zahlreicher Wohnungsunternehmen. Er verwies auf die Neuausrichtung der Wohnraumförderung der Landesregierung in diesem Jahr. Dabei habe man neben der Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum auch die generationengerechte Qualität und energetische Bilanz der Gebäude im Blick. Hier stehe die Wohnungswirtschaft vor der Herausforderung, Bestände und Management so zu entwickeln, dass veränderte Wohnwünsche rechtzeitig erkannt werden könnten. Nur eine vorausschauende Bestandspolitik nach ökologischen, generationengerechten und energetischen Maßstäben könne die Marktposition der Unternehmens behaupten. Staatliche Interventionen wie der Stadtumbau könnten dabei unterstützen. Dellmann betonte, dass nachhaltige Stadtentwicklung und Stadtumbau in den nächsten Jahren weiterhin zu den zentralen Aufgaben der Politik gehörten. Notwendig sei dauerhaft bezahlbarer und nachfragegerechter Wohnraum. Bund, Länder, vor allem aber Kommunen und Wohnungswirtschaft müssten sich diesen wohnungspolitischen Herausforderungen stellen. Lutz Freitag, Präsident des GdW, betrachtete anschließend das Motto der Veranstaltung genauer. Angetrieben durch die bald zunehmende Altersarmut und die Herausbildung einer Schicht der "working poor", von Menschen, die ihren Lebensunterhalt trotz eigenem Verdienst nicht ohne staatliche Unterstützung bestreiten können, nehme die soziale Frage eine neue Quantität ein. Die Herausforderung für die Wohnungswirtschaft bestehe nun darin, auch unter diesen Bedingungen das Modell des guten und sicheren Wohnens für alle zu gewährleisten. Dies sei nicht möglich ohne eine unternehmerische Wohnungswirtschaft mit kommunalen und privaten Wohnungsunternehmen. Bei der Überwindung der bestehenden Herausforderungen komme es auf eine Arbeitsteilung zwischen Politik und Wirtschaft an, um die gesetzten Ziele, im sozialen sowie im ökologischen Bereich, zu erreichen. In einem partnerschaftlichen Verhältnis solle die Politik die Ziele bestimmen, während die Wirtschaft die Mittel zur Zielerreichung selbst auswählen sollte, appellierte Freitag. Diesjähriger Hauptredner des Verbandstags war der ehemalige Bundesminister Dr. Heiner Geißler. Seine These: Der Staat kann sich seiner sozialpolitischen Verantwortung

nicht entziehen. Die heutige Politik müsse sich ändern und stattdessen geprägt sein von einem ethischen Fundament aus uneingeschränkter Akzeptanz der Menschenwürde einerseits sowie Solidarität andererseits. Dazu gehöre auch die Selbstverantwortung jedes Einzelnen, diese funktioniere aber nur eingelassen in die Grundwerte der Solidarität. Auch in Zeiten des demografischen Wandels sei es möglich, gegenüber jeder Altersgruppe solidarisch zu sein und der Pflicht zu helfen nachzukommen. Man könne Lebens- und Arbeitsleistung der Menschen nicht missachten. Geißler forderte zum Abschluss seiner Rede eine Renaissance der Ethik in der Politik. Nur so könne im gegenwärtig zerrütteten Gemeinwesen wieder Ordnung hergestellt werden. Während der Mitgliederversammlung am 6. November wählte der BBU einen neuen Verbandsausschuss. Die Berichte der Vorstandsmitglieder Ludwig Burkardt und Klaus-Peter Hillebrand können in Kürze im BBU-Internet im PDF-Format abgerufen werden. Ebenso steht dann auch die Rede Dr. Heiner Geißlers im mp3-Format zum Download zur Verfügung. An beiden Tagen hatten sich sowohl während der öffentlichen Veranstaltung als auch am Rande der Mitgliederversammlung auf einer Fachausstellung 21 Aussteller aus den für die Wohnungswirtschaft relevanten Bereichen wie Abfallwirtschaft, Kabelnetzbetrieb, Energieversorgung und weitere Dienstleistungen präsentiert.

<https://bbu.de/beitraege/103-verbandstag-des-bbu-die-neue-soziale-frage-herausforderung-fuer-die-wohnungswirtschaft>